

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15



Inhalt

Rudolf Scharping, SPD-Vorsitzender, erinnert am Internationalen Frauentag an die Eisbrecherrolle der SPD bei der Durchsetzung der Rechte der Frauen. Vom Frauenwahlrecht bis zur Quote.

Seite 1

Vor einer schiefen Diskussion über die Staatsquote warnt **Horst Peter MdB**: Totschlagargument als argumentative Falle für die SPD?

Seite 2

Wenn kein Wunder geschieht, wird am 5. Mai die europäische Verpackungsrichtlinie die Vermeldung des Verpackungsmülls, aushöhlen, fürchtet **Marion Caspers-Merk MdB**.

Seite 4

49. Jahrgang / 46

8. März 1994

Frauen können auf die SPD zählen SPD hat Eisbrecherdienste geleistet

Von **Rudolf Scharping**
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

In diesen Tagen protestieren Frauen überall im Land gegen Benachteiligung und Ungerechtigkeit - zu Recht. Denn nach 12 Jahren Regierung Kohl sind vor allem Frauen die Verliererinnen auf dem Arbeitsmarkt, besonders schlimm in Ostdeutschland. Sie verlieren als erste den Arbeitsplatz, ihr durchschnittliches Einkommen ist rund ein Drittel niedriger als das von Männern, in höheren Positionen von Wirtschaft und öffentlichem Dienst finden sich kaum Frauen.

Gleichstellung heißt für die SPD, Frauen und Männer in die Lage zu versetzen, Erwerbsarbeit, berufliche Qualifikation und beruflichen Aufstieg, Familie und nicht zuletzt gesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe miteinander verbinden zu können. Dies ist ein ehrgeiziges Ziel, das nur von Männern und Frauen in solidarischem Miteinander erreicht werden kann.

- Wir wollen die Qualifikationen von Frauen nutzen und ihrem Anspruch auf Erwerbsarbeit gerecht werden. Deshalb berücksichtigen wir bei der Ausgestaltung unserer Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen auch das Erfordernis der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Wir wollen ein Gleichstellungsgesetz, das seinen Namen auch verdient und dazu beiträgt, die Diskriminierungen von Frauen im Erwerbsleben abzubauen, im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft. Einen entsprechenden Gesetzentwurf haben wir bereits eingebracht.
- Für uns gilt der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz; in "meinem" Bundesland ist er im übrigen bereits verwirklicht.
- Wir wollen eine Verfassungsreform, die das Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes durch die Pflicht des Staates zu aktiver Frauenförderung präzisiert und alle Lebensformen unter staatlichen Schutz stellt.
- Wir treten dafür ein, bei der Reform des Paragraphen 218 den vom Bundesverfassungsgericht geschaffenen Rahmen zugunsten der Frauen auszufüllen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verknüpfen, Umpapier,
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



- Wir haben mit der Verabschiedung der Quote Eisbrecherdienste geleistet, die unter anderem dazu führen, daß die SPD im nächsten Europäischen Parlament mit rund 40 Prozent und im nächsten Bundestag mit einem Drittel Frauen vertreten sein wird.

Wenn auch in der Frauenfrage der Fortschritt oft eine Schnecke zu sein scheint: Ich stehe dafür ein, daß die SPD, die als erste Partei das Frauenstimmrecht gefordert und auch durchgesetzt hat, gerade in dieser wirtschaftlichen Krise ihr Bemühen um tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter noch verstärken wird. Frauen können auf die SPD zählen.

(-/8. März 1994/hgs/ks)

Die Staatsquote als Totschlagargument

Warnende Anmerkungen zu einer weiteren argumentativen Falle

Von Horst Peter MdB

Nach heftiger kontroverser Debatte wurde in Wiesbaden die Forderung einer Senkung Staatsquote 'in Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage' beschlossen. Seitdem waren mehrfach aus der Parteiführung Positionen (insbesondere von Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine) zu hören, die diesem Beschluß ganz besonderes Gewicht beimessen. Auf der letzten Parteiratssitzung drehte sich ein Großteil der Diskussion über das Regierungsprogramm um diese Frage.

Die Ernsthaftigkeit der hinter diesen Warnungen stehenden Motive kann niemand bestreiten. Es steht außer Zweifel, daß in der Haushalts- und Finanzplanung der Regierungskoalition ernsthafte Risiken enthalten sind. Es steht weiter außer Frage, daß angesichts der bereits erreichten Höhe von Staatsverschuldung und Abgabenbelastung der "Normalverdiener" jede Reformpolitik zu striktester Sparsamkeit verpflichtet ist.

Dennoch: Die zur Zeit in der Partei geführte Diskussion birgt die Gefahr, sich von den Konservativen in die Defensive drängen zu lassen und sich konservativen Konsolidierungskonzepten anzupassen.

Erstens ist die Staatsquote als politische Kategorie offen für Manipulationen. So senkt zum Beispiel die Privatisierung staatlicher Funktionen die Staatsquote (inklusive des Personalkostenanteils der öffentlichen Ausgaben), ohne daß sich für die Bürgerinnen und Bürger irgend etwas ändern würde - abgesehen von einer damit häufig verbundenen Gebührenerhöhung. Zweitens sind in der Staatsquote die Ausgaben von Ländern und Kommunen mit erfaßt, auf die der Bund häufig gar keinen Zugriff hat. Die Möglichkeiten der Beeinflussung der Staatsquote auf Bundesebene werden folglich meist weit überschätzt.

Eine abstrakte Diskussion über die Staatsquote ist kontraproduktiv. Sie wird außerdem von der Bevölkerung nicht verstanden. Die sogenannte "allgemeine Staatsquote", das heißt der Anteil aller Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt (Bund, Länder und Gemeinden) betrug laut Statistischem Jahrbuch in Deutschland in 1992 49,3 Prozent. Als erstes ist festzuhalten, daß Deutschland unter den westlichen Industrienationen im Vergleich der allgemeinen Staatsquoten einen guten Mittelplatz einnimmt.

Ein anderer wesentlicher Aspekt kommt hinzu: Die staatlichen Gesamtausgaben umfassen zum Beispiel auch die (monetären und realen) staatlichen Transferzahlungen (von der Sozialversicherung über das Wohngeld bis zu den Bildungsausgaben), und die Subventionen und damit größtenteils Ausgaben, die sich in den Größen des privaten Konsums und der privaten Investitionen niederschlagen, nicht aber eigenständig in die Berechnung des Bruttosozialprodukts eingehen. *Die allgemeine Staatsquote ist also eine unechte Quote* (siehe Vahlers Großes Wirtschaftslexikon, S. 1965 (Herv. d. Verf.)) und zwar weil der Staat diese Ausgaben nicht für sich in Anspruch nimmt, auch wenn er die entsprechenden Finanzströme kontrolliert. Die staatlichen Transferzahlungen sind Leistungen für die Privaten, sie gehen somit voll in den Kreislauf der privaten Wirtschaft ein, ihre Beschneidung würde unmittelbar die Wirtschaftstätigkeit beeinträchtigen.

Der vom Staat unmittelbar beanspruchte Teil des Bruttosozialprodukts kommt in der speziellen Staatsquote 'Ausgaben für Güter und Dienstleistungen zum Bruttosozialprodukt' zum Ausdruck, deren Anteil nur 20,8 Prozent betrug (in 1989). Berücksichtigt man weiterhin, daß das staatliche Angebot auch Vorleistungen des privaten Sektors (1989: 10,3 Prozent) enthält, dann machen die vom Staat selbst erstellten Lei-

stungen 10,8 Prozent des Bruttosozialprodukts aus" (ebda., Herv. d. Verf.). Die spezielle Staatsquote ist seit 1965 annähernd konstant geblieben, der Anstieg der allgemeinen Staatsquote resultiert fast ausschließlich aus dem Anstieg der Ausgaben der Sozialversicherung, die im Übrigen abgesehen von der Finanzierung der Deutschen Einheit aus den Sozialversicherungskassen - zum weit überwiegenden Teil in den 70er Jahren, also unter der Verantwortung SPD-geführter Bundesregierungen mit dem Ziel sozialstaatlicher Reformen stattgefunden hat.

Es zeigt sich also zunächst: Die zur Zeit zu beobachtende Diskussion über die Staatsquote, die geführt wird unter dem Vorzeichen der Zurückführung einer angeblich zu ausgedehnten staatlichen Tätigkeit, ist unecht. Wenn sie geführt würde unter dem Aspekt des tatsächlich vom Staat in Anspruch genommenen Sozialproduktanteils, müßten sie sich abgrenzen von der sozialdemokratischen Sozialstaatspolitik der 70er Jahre und die Beschneidung der Transfers in die NBL zum Ziel haben, was hoffentlich niemand in der Partei will.

Budgetierung und Staatsreform - Beispiele einer staatlichen Sparpolitik sozialdemokratischen Profils

Die abstrakte Diskussion über die Staatsquote führt uns nicht weiter. Wir brauchen etwas ganz anderes. Wir brauchen eine öffentliche, für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Debatte über sozialdemokratische Reformen unter der Vorgabe einer strikten Sparpolitik, konkreter über intelligente Instrumente zur Einsparung von Ausgaben und zur Begrenzung von Finanzmitteln, wir brauchen eine Diskussion darüber, welche Potentiale zur Binnerrationalisierung der Verwaltungsstrukturen vorhanden sind.

Ein Weg ist die zeitlich befristete und dynamisierende Budgetierung von Ausgaben; in der unter wesentlicher Beteiligung der SPD beschlossenen Gesundheitsstrukturreform hat sie - bei berechtigter Kritik an Einzelercheinungen - pauschal betrachtet Resultate erbracht, die die Einsparerwartungen übertroffen und Rationalisierungsmöglichkeiten eröffnet hat.

Ein anderer Weg ist die Entbürokratisierung und damit der ganze Katalog von Maßnahmen zur Staatsreform, der auf unserem Parteitag in Wiesbaden beschlossen worden ist und nun auch im Grundsatz im Entwurf für das Regierungsprogramm enthalten sind (aufgabenangepaßter Umbau der Verwaltung, Ausbau kooperativer Strukturen, Einführung leistungsorientierter Vergütungs- und Beförderungsinstrumente, Vereinheitlichung des Dienstrechts, Überführung von Hoheits- in Dienstleistungsfunktionen, Abbau von Hierarchien, Weiterbildung des Personals). Wir brauchen aber auch dringend Gesetze, die bürokratische Strukturen abbauen statt (wie beim BSHG, beim Ausländergesetz, beim Arbeitsschutzgesetz et cetera) sie zu schaffen.

Sozialdemokratische Sparpolitik heißt auch Umschichtung von Ausgaben: Hier liegen unsere Vorschläge seit langem auf dem Tisch, wir müßten sie nur offensiver der Bevölkerung nahebringen, zum Beispiel auch den Vorschlag grundsätzlich zeitlich befristeter und degressiver Subventionen.

Auch unsere Vorschläge zur Umschichtung auf der Einnahmeseite könnten offensiver angelegt sein. Es ist richtig, daß die Umstellung von Freibeträgen auf den Abzug von der Steuerschuld, die Begrenzung des Ehegattensplittings, eine bessere Bekämpfung der Steuerhinterziehung und die Steuerbefreiung des Existenzminimums Mittel für Reformen freisetzt. Aber allein letzteres wird Schätzungen zufolge 60 bis 70 Milliarden jährlich kosten. Auch die Steuerfinanzierung der Arbeitsmarktpolitik wird unter 50 Milliarden nicht zu haben sein; hier ist entscheidend die Frage der Verteilung dieser Steuerlasten auf die Einkommensschichten und die Regelbindung der Mittel - etwa als fester Staatszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit wie bei der Rentenversicherung.

Bei solchen Summen bleibt nicht mehr viel Spielraum. Wir brauchen zusätzliche Einnahmequellen, wenn wir die Grundprobleme des Landes anpacken wollen. Die Mobilisierung solcher Quellen muß mitnichten zu einer Erhöhung der Staatsquote führen, und dieses müssen wir gegen die Kampagnen gegen die angebliche Steuererhöhungspartei öffentlich machen. Eine höhere Steuerbelastung für bestimmte Bevölkerungsschichten kann sogar eine Senkung der Staatsquote mit sich bringen, wenn wir nur offensiv genug die dringend notwendige steuerliche Entlastung der Klein- und Mittelverdiener betreiben (Stichwort Zwei-Klassen-Steuerrecht). Angesichts der Explosion der privaten Vermögen, die zu mehr als 50 Prozent im Besitz des oberen Zehntels der privaten Haushalte ist, muß das obere Drittel stärker zur Kasse gebeten werden, die Finanzierung des Sozialstaats muß von den Einkommen stärker auf die Vermögen verlagert werden (Stichwort sozialer Lastenausgleich). Aber auch die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe ist eine Maß

nahme der Umverteilung unter dem Siegel sozialer Gerechtigkeit, die sich auf die allgemeine Staatsquote nicht auswirken muß.

Kurz: Wir müssen erstens über konkrete Maßnahmen sprechen, die das Alltagsleben der Menschen berühren. Wir haben zweitens noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, gegen die konservative Demagogie der Bevölkerung deutlich zu machen, daß wir die Partei der Steuerentlastung und der strikten Sparpolitik sind, allerdings zu Lasten der Wohlhabenden und zugunsten der Klein- und Mittelverdiener. Und wir dürfen drittens nicht vergessen, was die Konservativen mit der Staatsquotendebatte im Sinn haben. Wie sagte doch Norbert Walter von der Deutschen Bank: Im "überbordenden Sozialstaat ... liegt der Kern der Krise". (SPIEGEL Heft 33/93).

(-/8. März 1994/hgs/ks)

Traurige Bilanz

Verpackungen: das gewollte Desaster

Von Marion Caspers-Merk MdB

Stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Auf kaltem Wege wird in Europa gerade der Eckpfeiler "Vermeidung" in der Abfallpolitik geschleift - und die Bundesregierung nimmt es tatenlos hin. Denn wenn kein Wunder geschieht, wird die verbal so scharf attackierte Europäische Verpackungsrichtlinie am 5. Mai geradezu beiläufig in Kraft treten.

Anfang des Jahres hatte der Umweltministerrat gegen die Stimmen der Bundesrepublik, der Niederlande und Dänemarks einen Richtlinienentwurf beschlossen, der weit hinter das zurückfällt, was die deutsche Verpackungsverordnung vorschreibt. Die Abstimmung war die Quittung der europäischen Kollegen an Bundesumweltminister Töpfer, der stets die immensen Verwertungserfolge "seiner" Verpackungsverordnung gepriesen hatte, ohne hinzuzufügen, daß die hohen Quoten nur über einen gewaltigen Export an Abfällen in die Länder der Europäischen Union erreicht werden konnten. Die Krokodilstränen von Minister Töpfer nach dem Beschluß sind noch in guter Erinnerung.

Aufgrund des nun aber so gefaßten Beschlusses des Ministerrates hat das Europäische Parlament als mitberatendes Gremium nach Artikel 189 a des EWG-Vertrages nur noch die Möglichkeit diese Richtlinie zu ändern oder abzulehnen, wenn die absolute Mehrheit der Mitglieder des Parlaments dies will. Und da der Rat mit Datum vom 4. Februar den Vorschlag an das Parlament übersandt hat tritt bei Nichtbefassung automatisch nach drei Monaten Rechtskraft ein. Ein Schuft, wer etwas Böses dabei denkt.

Dazu paßt, daß sich der Entwurf der neuen (deutschen) Verpackungsverordnung schon an die kommenden Europäischen Regelungen anpaßt, bei denen Vermeidung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Zwar rühmt sich das DSD, daß es im letzten Jahr 57 Prozent des Verpackungsmülls wieder eingesammelt habe, was aber danach aus den Abfällen wird, bleibt unklar. Fest steht, daß zum Beispiel 60 Prozent der Kunststoffabfälle irgendwo im Ausland verwertet werden. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände macht zu Recht darauf aufmerksam, daß damit der Pro-Kopf-Verbrauch von Verkaufsverpackungen mit 95 Kilogramm pro Jahr immer noch auf dem Niveau des Jahres 1991 läge. Aber statt den Vermeidungsgedanken zu stärken, geht die Bundesregierung mit ihrer Novelle zur Verpackungsverordnung den entgegengesetzten Weg. Verwertungsquoten runter und Verbrennung erleichtern ist ihr Lösungsansatz.

Der Verfall der abfallpolitischen Kompetenz macht sich aber auch an anderen Dingen fest. Die journalistischen Spatzen pfeifen es von den Dächern: in dieser Legislaturperiode wird es keine Altpapierverordnung, keine Elektronikverordnung und keine Altautoverordnung mehr geben. Da im Umweltausschuß ein von Industrie und FDP "umformulierter" Gesetzentwurf für ein Kreislaufwirtschaftsgesetz beraten wird, kann Minister Töpfer jetzt keine einzige Regelung im Bereich Abfall mehr vorweisen, die seine Handschrift trägt. Eine wahrhaft traurige Bilanz!

(-/8. März 1994/hgs/ks)
